



Foto: AdobeStock/Artlazz

# Europas Zukunft mit dem Handwerk meistern

## Europawahl 2024

Berlin, 12.12.2023

# Inhaltsverzeichnis

1. Einführung: Europas Rolle in Zeiten des globalen Umbruchs .....	3
2. Bedeutung von Handwerksbetrieben für die Zukunft der EU! .....	4
3. Das Handwerk fordert gute Rahmenbedingungen .....	5
3.1. Klimawende nur mit dem Handwerk gestaltbar!.....	5
3.2. Zugang zu (digitalen) Märkten fairer gestalten! .....	7
3.3. Gesetze müssen Handwerk mitdenken und bürokratische Hürden senken! .....	8
3.4. Fachkräfte sichern!.....	9
3.5. Wettbewerbsfähigkeit von Handwerksbetrieben im Binnenmarkt sicherstellen! .....	11
4. Die EU fit für die Zukunft machen.....	13

## **1. Einführung: Europas Rolle in Zeiten des globalen Umbruchs!**

Seit der letzten Europawahl 2019 befinden sich die europäische Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in einem erheblichen Wandel. Weltweite Spannungen und Konflikte führen nicht nur zu einem Umdenken in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Gerade auch der Ukraine-Krieg zeigt, dass eine einseitige Ressourcenabhängigkeit von Drittstaaten hohe Risiken für die EU birgt. Um diese zu reduzieren, bemüht die EU sich zunehmend um eine Reindustrialisierung mit dem Ziel, die Beschaffung und Fertigung strategisch relevanter Produkte in Europa aufzubauen und den Zuliefererkreis zu diversifizieren. Das Ziel ist und muss sein, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Wirtschaft grundsätzlich zu sichern.

Zeitgleich hat sich die EU angesichts der sich verschärfenden Klimakrise dazu bekannt, den Kampf gegen den Klimawandel zur obersten Priorität zu machen. Der „Green Deal“ ist zur Leitlinie der gesamten EU-Politik geworden. Der dadurch ausgelöste tiefgreifende Wandel der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft wurde mit dem Klimagesetz auch gesetzlich verankert. Die praktische Umsetzung der Reformen muss jedoch größtenteils von den Betrieben geleistet werden.

Darüber hinaus erfährt die EU massive gesellschaftliche Umbrüche mit gravierenden Folgen für die gesamte Wirtschaft: Der demographische Wandel und in seiner Folge ein hoher und steigender Fachkräftebedarf, neue Wege der Informationsbeschaffung durch digitale Medien, künstliche Intelligenz, tiefgreifende Veränderungen der Arbeitswelt durch digitale Plattformen, nach wie vor anhaltende Lieferprobleme bei Rohstoffen und Vorprodukten, eine temporär hohe Inflation und nicht zuletzt die zunehmende Forderung der jüngeren Generation nach sinnstiftenden Tätigkeiten und einer besseren Balance zwischen Privat- und Berufsleben. All dies stellt Betriebe und Gesellschaft vor neue Herausforderungen.

In Zeiten derartig großer Veränderungen brauchen die Handwerksbetriebe eine starke EU, die in einem zunehmend unsicheren globalen Kontext für das europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell entsteht. Gemeinsam müssen die Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene Ziele und Maßnahmen definieren, um den Herausforderungen geeint zu begegnen.

Dabei müssen die europäischen Institutionen sich bewusst sein: Die Stärke der EU liegt im verantwortungsvollen nachhaltigen Handeln von Millionen kleiner und mittlerer Betriebe. Gemeinsam sorgen sie für eine resiliente Wirtschaft, für Wohlstand und eine funktionierende Gesellschaft. Die Aufgabe der europäischen Institutionen muss es sein, das Potential dieser Unternehmen zu heben, und sie nicht bei der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit zu behindern. Die EU braucht ein starkes Handwerk!

In der nächsten Wahlperiode muss es deshalb darum gehen, die definierten Ziele und Maßnahmen gemeinsam mit den Handwerksbetrieben umzusetzen. Es braucht pragmatische, praxisorientierte Lösungen und keine ideologischen Debatten. Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Erreichung aller sonstigen Zielsetzungen.

## 2. Bedeutung von Handwerksbetrieben für die Zukunft der EU!

Im europäischen Binnenmarkt sind rund 23 Millionen kleine und mittlere Betriebe mit über 90 Millionen Beschäftigten aktiv. Großunternehmen mit mehr als 249 Beschäftigten stellen nicht einmal 0,2 Prozent der europäischen Unternehmen. Kleinst- und kleine Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten bilden mit fast 99 Prozent der Unternehmen und knapp der Hälfte aller Berufstätigen den Großteil der europäischen Wirtschaft. Ein Handwerksbetrieb kann lokal, regional, deutschland- und europaweit sowie international tätig sein. Er ist jedoch standortgebunden und kann seine Wettbewerbsfähigkeit nicht dadurch verbessern, dass er günstigeren Konditionen durch Betriebs- oder Produktionsstätten-Verlagerung ins Ausland folgt. Ist ein Handwerksbetrieb aufgrund politischer und gesetzlicher Rahmenbedingungen nicht mehr wettbewerbsfähig, wird er verschwinden.

Handwerksbetriebe erfüllen zentrale Funktionen in der Daseinsvorsorge, sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten. Ladenhandwerke wie Bäcker, Metzger, Friseure oder Optiker tragen zu einer funktionierenden Nahversorgung bei und ermöglichen nicht zuletzt die „Stadt der kurzen Wege“. Kfz-Mechatroniker bilden die Basis für die Mobilitätswende. Im Zuge des demographischen Wandels kommt zudem den Dienstleistungen der Gesundheitshandwerke, beispielsweise in der Orthopädiertechnik, der Augenoptik oder der Hörakustik, eine immer wichtigere Bedeutung zu. Auch im ländlichen Raum, gerade in strukturschwachen Regionen, ist das Handwerk von zentraler Bedeutung. In Stadt und Land sichert es ein großes Angebot an Ausbildungsstellen und qualifizierten Arbeitsplätzen, ist Teil lokaler Wertschöpfungsketten und aktiviert regionale Ressourcen. Die Betriebe und ihre Beschäftigten leisten damit einen zentralen Beitrag für gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Resilienz und tragen zur Attraktivität aller Regionen als Lebens- und Wirtschaftsraum bei. Die eigentümergeführten Betriebe des Handwerks weisen neben einem ausgeprägten Maß an Standorttreue hohes lokales gesellschaftliches Engagement auf und tragen effektiv zur Integration von Migranten in Wirtschaft und Gesellschaft bei. Nicht zuletzt sichern Handwerksbetriebe im Katastrophenfall auch die Funktionsfähigkeit von Infrastrukturen, wenn etwa Brände oder Überflutungen die Versorgungsnetze beschädigt haben. Das Handwerk als Stabilitätsanker der Wirtschaft ist essenziell bei der Bewältigung globaler Herausforderungen.

Bei der Umsetzung der „grünen Transformation“ kommt Handwerksbetrieben jetzt und zukünftig eine zentrale Rolle zu. Das Handwerk lebt seit Generationen Nachhaltigkeit und stellt sich seiner gesamtgesellschaftlichen Aufgabe als Macher, Umsetzer und Ermöglicher vor Ort: Es verbaut Wärmepumpen, installiert Photovoltaik-Anlagen und wartet Windräder. Die Sanierung des Gebäudebestands und die Umsetzung von Effizienzmaßnahmen sind ohne qualifizierte Handwerkerinnen und Handwerker nicht möglich. Reparatur und Wartung in Wohnortnähe verlängern die Lebensdauer von Produkten und sind wesensimmanenter Teil der Kreislaufwirtschaft. Schon beim Produktdesign setzt das Handwerk auf Qualität und Langlebigkeit – und damit auf die entscheidende Verlängerung des Lebenszyklus‘ eines Produktes. Somit leistet das Handwerk einen bedeutenden Beitrag zur Ressourcenschonung. Rund 20.000 Handwerksbetriebe in Deutschland sind fester und unverzichtbarer Bestandteil industrieller Wertschöpfungsketten, v. a. in den Bereichen Maschinenbau,

Automobilbau, Elektrotechnik, Luft- und Raumfahrttechnik, chemische Industrie, Feinmechanik und Umweltschutz.

### **3. Das Handwerk fordert gute Rahmenbedingungen!**

#### **→ Klimawende nur mit dem Handwerk gestaltbar!**

Das Handwerk steht hinter der Klimawende und ist hierfür ein starker und unverzichtbarer Partner. Die Umsetzung der im Rahmen des Green Deal gesetzten Ziele und Maßnahmen stellt die Handwerksbetriebe und die Gesellschaft aber vor enorme Herausforderungen. Hohe Investitionen sind notwendig, um Abläufe und Maschinen zu modernisieren, Kompetenzen und Kapazitäten auszubauen und Innovationen umzusetzen. Der Ausbau von Infrastrukturen und Netzen, der Zugang zu notwendigen Rohstoffen und Produkten sowie resiliente Lieferketten müssen sichergestellt werden.

Nach der Definition von Zielen und Maßnahmen in der aktuellen Legislaturperiode werden sich die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten in der kommenden Legislaturperiode mit der Umsetzung beschäftigen. Diese muss an der Praxis ausgerichtet und insbesondere muss die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft im Blick behalten werden!

Um die Klimaziele zu erreichen, ist es notwendig, Themen zu priorisieren. Der Europäische Green Deal ist sehr umfassend angelegt. Dabei kommt es zu Zielkonflikten, etwa zwischen der Nullschadstoffstrategie und den Klimazielen, die systematisch identifiziert und aufgelöst werden müssen.

Die Klimawende muss auch für Handwerksbetriebe und deren Kundinnen und Kunden machbar und bezahlbar bleiben. Alle müssen mitgenommen werden auf dem Weg in die Klimaneutralität Europas: Kleine wie große Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger. Das gilt für die energetische Gebäudesanierung genauso wie für die Vorgaben aus der Energieeffizienzrichtlinie.

Die Kreislaufwirtschaft bietet viel Potenzial für einen nachhaltigeren Konsum – ein Ziel der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Handwerksbetriebe können hier eine zentrale Rolle spielen, etwa mit langlebigen und qualitativ hochwertigen Produkten, Reparaturdienstleistungen oder innovativen Ansätzen wie beispielsweise Umnutzungskonzepten. Ein Hemmschuh droht der Umfang ständig zunehmender Nachweis- und Berichtspflichten zu werden. Für Handwerksbetriebe, die typischerweise Kleinserien oder Unikate produzieren, bedarf es besonderer Regeln, um eine im Verhältnis zu Massenprodukten sehr viel größere Belastung zu vermeiden. Keinesfalls darf es zur Anwendung eigentlich für die Industrie geschaffener Systeme für Kleinbetriebe kommen. Sie würden beim Handwerk personelle und finanzielle Ressourcen binden, die dringend für Innovationen und gute Lösungen im Sinne der Kreislaufwirtschaft benötigt werden.

Im Bereich der nachhaltigen Finanzierung drohen einmal mehr überdimensionierte Berichtspflichten, insbesondere bei Unternehmen, die gemäß den Regularien gar nicht

direkt berichtspflichtig sind. Die ursprüngliche Zusage der EU, entsprechende Berichtspflichten proportional ausrichten zu wollen, wurde eindeutig verfehlt. Zeitgleich werden mehr Finanzierungsmöglichkeiten an grüne Kriterien gebunden. Nachhaltiges Handeln kann von Banken nur dann belohnt werden, wenn es formal anhand komplexer Kriterien (Taxonomie) nachgewiesen werden kann. Die Definition der Nachhaltigkeit von Unternehmen geht mit ihrer Detailtiefe allerdings oftmals an der bereits nachhaltigen Realität der Handwerksbetriebe vorbei. Es droht damit grundsätzlich eine Verteuerung von Kreditfinanzierungen ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, zu dem die Betriebe Finanzierungen am meisten brauchen. Das ist kontraproduktiv!

#### **Klimawende nur mit dem Handwerk gestaltbar - was es braucht:**

- Ein Mitnehmen und klare Kommunikation der **gesamten Gesellschaft und Wirtschaft durch die Politik**. Keine starren und überehrgeizigen Vorgaben, denn zu hohe Kosten wirken abschreckend - Preismechanismen müssen grundsätzlich wirken können.
- **Investitions- und Planungssicherheit sicherstellen**. Ständig neue Zielverschärfungen schaden und verunsichern.
- **Nachhaltigkeitsberichterstattungspflichten an den Möglichkeiten kleiner und mittlerer Betriebe orientieren; Vereinfachter Nachweis der Nachhaltigkeit kurzer Wertschöpfungsketten**, die sich lokal und regional zusammensetzen. Handwerk an der **Schaffung neuer Standards** beteiligen.
- Im Bereich der **Kreislaufwirtschaft** insbesondere **Kleinserien und Unikate** gesondert betrachten, z.B. beim digitalen Produktpass.
- Bestehende **handwerkliche Strukturen im Bereich Reparaturen** stärken.
- Umfassende **Reduzierung von Dokumentations- und Nachweispflichten**.
- **Zielkonflikte identifizieren und auflösen**, z.B. wenn umweltunfreundliche Stoffe benötigt werden, um die Klimawende voranzubringen.

#### **→ Zugang zu (digitalen) Märkten fairer gestalten!**

Die digitale Transformation ist für das Handwerk mit großen Chancen verbunden. Viele Betriebe setzen bereits heute auf innovative digitale Lösungen und sind damit wirtschaftlich erfolgreich. Sie kommunizieren mit ihren Kunden über soziale Netzwerke und vertreiben ihre Produkte und Dienstleistungen zunehmend über digitale Verkaufsplattformen. Dabei ist es wichtig, dass klassische wettbewerbsrechtliche Regeln auch auf digitalen Marktplätzen gelten. Das Gesetz für Digitale Märkte (DMA) hat hierfür zwar den Grundstein gelegt, erfasst aber nur wenige Plattformen.

Bei der Veränderung dieser Strukturen spielt die Erwartungshaltung der Kunden eine zentrale Rolle. Produkte sind zunehmend vernetzt, lassen sich digital steuern, einstellen und auslesen. Der Zugang zum Kunden wird zunehmend auch über produktspezifische

oder produktbezogene digitale Lösungen hergestellt, z.B. bei Fehlermeldungen von Heizungsanlagen oder Wartungshinweisen im Fahrzeug.

Für die Handwerksbetriebe kommt es zunehmend darauf an, über Daten, Schnittstellen und Software zu verfügen, denn nur so können der Zugang zum Kunden gewährleistet und Reparatur- und Wartungsleistungen umgesetzt werden. Der faire Zugang zu Daten, offene Schnittstellen und gemeinsame Kommunikationsstandards wie z.B. im ‚Smart-Home‘-Bereich, müssen deshalb auf jeden Fall gewährleistet werden. In der laufenden Legislaturperiode wurde hierfür mit dem Data Act der Grundstein gelegt. Nun müssen Umsetzung und branchenspezifische Anwendung sichergestellt und die guten Ansätze fortgeführt werden.

Handwerkerinnen und Handwerker nutzen auch heute schon Künstliche Intelligenz (KI) in den unterschiedlichsten Formen, ob in KI-gestützten Drohnen, über Chatbots im digitalen Kundenservice oder bei der Prozessoptimierung. Künftig werden immer mehr Handwerksbetriebe Produkte vertreiben und anwenden, die auf neuen Technologien wie Künstlicher Intelligenz basieren. Hierfür braucht es einen robusten und rechtssicheren Rahmen, damit Wettbewerbsvorteile nicht ungleich verteilt werden. Individualisierte Dienstleistungen und an Kundenwünsche angepasste Produkte, welche oft zu nachhaltigeren Anwendungen und höherer Qualität führen können, müssen auch in Zukunft möglich sein, ohne dass unverhältnismäßig viel Verantwortung und Risiko auf den Handwerksbetrieb verlagert wird.

#### **Zugang zu (digitalen) Märkten fairer gestalten - was es braucht:**

- Den **Zugang zu Daten** einfach, fair und diskriminierungsfrei regeln.
- **Technische Schnittstellen**, offene Standards und Protokolle vorschreiben, damit keine technischen Barrieren entstehen.
- **Betrieben** durch einen **robusten Rechtsrahmen** die **Sorge vor unkalkulierbaren Haftungsrisiken** bei Vertrieb und Anwendung von digitalen Produkten **nehmen**. Das betrifft etwa die Nutzung von KI sowie Cybersicherheitsanforderungen.
- Missbräuchliches Verhalten von **digitalen Plattformen**, die dem Wettbewerb schaden und den Plattformbetreibern **unfaire Vorteile** verschaffen, **im Sinne des DMA verbieten und ahnden**.

#### **→ Gesetze müssen Handwerk mitdenken und bürokratische Hürden senken!**

Die stetig steigende Bürokratie ist ein wesentlicher Faktor, der eine Selbständigkeit aus Sicht der Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber im Handwerk zunehmend unattraktiv macht.<sup>[1]</sup> Junge Fachkräfte werden entmutigt, einen neuen Betrieb zu gründen oder einen vorhandenen zu übernehmen. Es sind immer neue Informations- und Dokumentationspflichten zu erfüllen, etwa Nachweise zur Einhaltung der Umwelt- und

<sup>[1]</sup> [Bürokratiebelastung im Handwerk - Sonderumfrage | ZDH 2023](#)

Menschenrechtsstandards, der Verbraucherrechte, der Nachhaltigkeit sowie der Hygiene- und Arbeitsschutzmaßnahmen.

Häufig ist das Marktverhalten großer Unternehmen und Konzerne Anlass für Initiativen. Dementsprechend werden global aufgestellte Großunternehmen und Konzerne als Bezugsgröße für gesetzliche Standards herangezogen. Die Lebenswirklichkeit und Leistungsfähigkeit von Handwerksbetrieben, die gleichermaßen von solchen Initiativen betroffen sind, werden dabei regelmäßig nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt.

Im Ergebnis ist die Zielerreichung oftmals ineffizient und schafft bürokratische Belastungen. Meisterinnen und Meistern im Handwerk wird trotz nachgewiesener Qualifikationen seitens des Gesetzgebers unzureichendes Vertrauen entgegengebracht. Immer neue Berichtspflichten zur Einhaltung von Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards erwecken den Eindruck, dass auch Betriebe innerhalb Europas trotz hoher Berufsstandards unter Generalverdacht stehen.

Grundsätzlich bedarf es adressatengerechterer und passgenauerer Initiativen. Flächendeckende Maßnahmen im Sinne einer „One size fits all“- Lösung werden weder der Heterogenität noch der betrieblichen Realität im Handwerk gerecht und belasten kleine Betriebe überproportional schwer, obwohl sie in der Regel nicht im Fokus der jeweiligen Initiative stehen.

**Gesetze müssen Handwerk mitdenken und bürokratische Hürden senken - was es braucht:**

- **Belastungen für KMU** durch Bürokratieabbau senken, strikte Anwendung des **“Once-only“-Prinzips** und Vorhalten von digitalen Werkzeugen zur vereinfachten Abwicklung von Formalien sicherstellen.
- **Praktikable Regelungen und vereinfachte KMU-Standards einführen**, die den Zugang zu Finanzierungen oder zu Wertschöpfungsketten nicht erschweren; eine frühzeitige und umfassende KMU-Mitwirkung bei der Erarbeitung dieser Standards sicherstellen.
- **Den KMU-Test** und das Prinzip **„Vorfahrt für KMU“** bei allen EU-Initiativen **strikt anwenden**; zeitlichen Aufwand und laufende sowie einmalige Anpassungskosten bei jedem Vorschlag erheben und entsprechend des **One-in-One-out-Prinzips** ausgleichen.
- Vertretung von KMU-Interessen auf höchster politischer Ebene innerhalb der EU-Kommission durch eine **KMU-Beauftragte oder einen KMU-Beauftragten** sicherstellen.
- **Ressourcen** in einem zentralen KMU-Direktorat bündeln. Ein Netzwerk von **KMU-Zuständigen auf Arbeitsebene** in allen Generaldirektionen der EU-Kommission einrichten.
- Stärkere **Beteiligung von KMU-Organisationen** bei der Erarbeitung neuer Initiativen und **höhere Gewichtung der Beiträge** entsprechender repräsentativer Verbände sicherstellen. Rolle des **Folgenabschätzungsausschusses** (RSB) weiter stärken.



## → **Fachkräfte sichern!**

Der Übergang hin zu einer digitalen und grünen Wirtschaft kann nur mit dem Handwerk gelingen. Europaweit ist der Bedarf an Fachkräften für handwerkliche Tätigkeiten groß. Der demographische Wandel und das bevorstehende Eintreten der "Baby-Boomer"-Generation in den Ruhestand kommen hinzu. Gleichzeitig werden die Aufgaben komplexer, die Handwerksberufe technologisch anspruchsvoller. Die ganzheitliche Betrachtung, beispielsweise eines Gebäudes, die Bedeutung von Gewerke-Schnittstellen sowie Automatisierung und Innovation verändern die Art des Arbeitens im Handwerk. Das erhöht die Notwendigkeit entsprechender Fortbildungen.

Im Ergebnis braucht das Handwerk mehr denn je gut ausgebildete, erfahrene Fachkräfte, die den Handwerksberuf als Karrierepfad verstehen, auf den sie sich dauerhaft einlassen können. Mit seiner ganzheitlichen beruflichen Aus-, Weiter- und Fortbildung bietet das Handwerk schon heute anspruchsvolle, nachhaltige, lokal verankerte Arbeitsplätze, die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel umsetzen. Bedarfsgerecht qualifizierte Handwerkerinnen und Handwerker liefern mit ihrem Können und Wissen die Basis für die wirtschaftlichen Erfolge der europäischen Industrie und insbesondere der Exportindustrie. Sie sind unverzichtbar für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der EU.

In diesem Zusammenhang gilt es, die handwerkliche Tätigkeit in ihrer Gesamtheit als Berufsbild aufrechtzuerhalten. Mitarbeitende Helfer und Helferinnen können unterstützen. Idealerweise werden sie für eine ganzheitliche Berufsausbildung gewonnen. Ziel muss es sein, in allen Mitgliedstaaten in handwerklichen Berufen die höchsten Standards zu erreichen. Nur so können Resilienz und Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit in den Regionen strukturell verankert werden.

Angesichts der zentralen Rolle der Handwerksberufe bei den anstehenden Transformationen gilt es, die Attraktivität des Handwerks auch in den anderen EU-Mitgliedstaaten zu steigern. Dem Trend zur Akademisierung muss im Sinne einer tatsächlichen Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung entgegengewirkt werden.

### **Fachkräfte sichern - was es braucht:**

- **Qualifizierte Fachkräfte in handwerklichen Berufen** grundsätzlich in ganz Europa auf hohen Standards ausbilden.
- **Bewährte nationale Systeme der beruflichen Bildung weiterhin als Basis sichern.** Keine verpflichtenden europäischen Regelungen oder Parallelstrukturen.
- **Verbesserung des Images von Handwerk und Beruflicher Bildung** weiter vorantreiben zur Stärkung der Lehrlingsausbildung sowie zur Heranführung von bisher nicht aktiven Gruppen (NEETs) an den Arbeitsmarkt.

- **Berufliche Bildung wertschätzen und unterstützen. Gleichwertigkeit** zwischen akademischer und beruflicher Bildung sowie **Durchlässigkeit** zwischen den Qualifikationswegen in den Mitgliedstaaten **auch in der Praxis leben**, z.B. durch verstärkte **Berufsorientierung und Würdigung der Leistungen der Talente im Handwerk**.
- Zur langfristigen Steigerung der **Mobilitätsquote in der beruflichen Bildung** den **Auf- und Ausbau von regional verankerten und betriebsnahen Anlaufstellen fördern sowie Fördermöglichkeiten** von Erasmus+ **für junge Fachkräfte deutlich ausweiten**.
- **Modern ausgestattete und attraktive Lernorte** für eine gute berufliche Bildung **sicherstellen: Bildungsstätten** des Handwerks **unkompliziert** im Prozess zur Zukunftsfähigkeit **unterstützen**.
- **Fest etabliertes Zusammenspiel von Sozialpartnern und Gesetzgeber** auch beim Thema „**Netto-Null-Technologien**“ für arbeitsmarktkompatible, langfristig beschäftigungssichernde und qualitätsgesicherte Qualifizierungen **sicherstellen**.
- **Qualifizierte Zuwanderung europaweit vereinfachen und in den Partnerländern verstärkt für Europa werben. Ausbildungs- und Talentpartnerschaften** mit den Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und der arabischen Welt **erschließen und intensiv pflegen!**

#### → **Wettbewerbsfähigkeit von Handwerksbetrieben im Binnenmarkt sicherstellen!**

Das Handwerk ist starker Partner vor Ort. Handwerksbetriebe selbst haben eine enge Bindung an ihren Standort und sind von den dortigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen abhängig. Sie bieten passgenaue Dienstleistungen und Produkte an und reagieren flexibel auf Veränderungen. Zunehmend ergeben sich im betrieblichen Alltag neue Herausforderungen, die die Wettbewerbsfähigkeit von Handwerksbetrieben gefährden. Dazu gehören z.B. nicht passende gesetzliche Rahmenbedingungen, stetig steigender bürokratischer Aufwand, erschwerte Finanzierungsbedingungen und der zunehmende Fachkräftebedarf.

Darüber hinaus bringt der Umbau der Energieversorgung grundlegende strukturelle Änderungen mit sich. Politische Vorgaben, die darauf abzielen, die Energieversorgung nachhaltig zu gestalten, gehen oftmals mit starken Eingriffen in den Markt einher. Dabei können technische Vorentscheidungen getroffen werden, die Innovation und passgenaue Lösungen erschweren und sogar Marktmacht lokal konzentrieren. Das Handwerk muss aber weiterhin in der Lage sein, den Kunden stets dezentrale und auf seine individuellen Bedürfnisse zugeschnittene Lösungen anzubieten. Das setzt auch voraus, dass umweltfreundliche und kosteneffiziente Maßnahmen nicht durch Anschlusszwänge oder andere Infrastrukturentscheidungen verhindert werden. Zudem müssen Innovationen sich weiterhin lohnen und marktfähig bleiben.

Insbesondere in Grenzregionen sind Handwerksbetriebe als Dienstleister auch in anderen EU-Mitgliedstaaten tätig. Zunehmend wird die Ausführung von kurzen Aufträgen im EU-Ausland von den Betrieben als zu bürokratisch und aufwendig wahrgenommen. Hier ist es Aufgabe der europäischen Institutionen, die Errungenschaften des Binnenmarktes

stetig voranzubringen. Klare Regeln, ein guter Informationsaustausch, Reduzierung von Bürokratie und eine fortschreitende Digitalisierung können hier helfen.

Es bedarf keiner neuen EU-Gesetzgebungsmaßnahmen, sondern der konsequenten und einfachen Umsetzung der bestehenden europäischen Regeln durch die Mitgliedstaaten. Dabei ist ein strukturierter Austausch unter den Mitgliedstaaten notwendig, um - unter Achtung der nationalen Besonderheiten - ungerechtfertigte Hemmnisse abzubauen und die grenzüberschreitende Leistungserbringung zu erleichtern.

Für Handwerksbetriebe ist darüber hinaus eine mittelstandsfreundliche Finanzierung von zentraler Bedeutung. Im deutschen System finanzieren insbesondere Sparkassen und Genossenschaftsbanken das Handwerk, Bürgerschaftsbanken und Mittelständische Beteiligungsgesellschaften unterstützen sie. Alle Beteiligten profitieren von den regionalen Strukturen dieser Banken, das macht die betriebsnahe Finanzierung sehr erfolgreich. Daher darf die Weiterentwicklung der Banken- und Kapitalmarktunion diese erfolgswährten Besonderheiten des auf drei Säulen beruhenden deutschen Bankensystems nicht gefährden.

Das Handwerk spielt eine zentrale Rolle bei der Wettbewerbsfähigkeit und muss bei Innovationsprozessen mitgedacht werden. Hier gilt es, entsprechende offene Testmöglichkeiten und regulative Sandkästen zu fördern, um die Innovation von KMU zu beschleunigen und ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber großen Industrieunternehmen zu stärken. Auch in der Normung muss die Einbeziehung von Experten aus dem Handwerk weiter unterstützt werden.

In der laufenden und neuen Förderperiode nach 2027 ist durch geeignete Programm- und Informationsstrukturen eine angemessene Beteiligung von Handwerk und KMU sicherzustellen. Inhaltlich sind die relevanten Herausforderungen für den Mittelstand aufzugreifen, insbesondere Fachkräftemangel, Umsetzung der Klimawende und Digitalisierung.

**Wettbewerbsfähigkeit von Handwerksbetrieben im Binnenmarkt sicherstellen - was es braucht:**

- Ein **politisches Umdenken**, das die **Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft**, gerade der **mittelständischen Strukturen und der Handwerksbetriebe**, in den **Mittelpunkt** der europäischen Politik stellt; dazu **gute Rahmenbedingungen** wie eine gesicherte **bezahlbare Energieversorgung**, eine **gut ausgebaute Infrastruktur** und resiliente **Lieferketten** auch in Krisenzeiten.
- Eine effektive Beteiligung an **europäischen Normungsprozessen und Standardsetzungen**. Dafür ist weiterhin eine finanzielle Unterstützung der entsandten Experten notwendig.
- **Die Sicherstellung eines weiterhin fairen Zugangs zum Binnenmarkt**, Bürokratieabbau, sowie das Vorantreiben der **Digitalisierung der Verwaltungsverfahren** und die Zusammenarbeit der Behörden.

- Effizientere Verfahren bei der **Entsendung von Arbeitskräften im Binnenmarkt** (einheitliche Meldeportale, eDeclaration, ESSPASS), um den bürokratischen Aufwand entscheidend zu reduzieren.
- Ausbau der **Funktionen der eID** und der **'EU Digital Identity Wallet'**, um die Arbeitnehmer-Freizügigkeit fälschungssicher zu gewährleisten.
- Keine Gefährdung der **mittelstandsfreundlichen Finanzierungsstrukturen** im dreigliedrigen deutschen Bankensystem!
- **Eine Stärkung von Unterstützungsstrukturen für Innovationsaktivitäten von Handwerksunternehmen.** Gefördert werden sollten unkompliziert nutzbare Reallabore, Innovationsräume als Experimentier- und Erfahrungsräume und Vernetzungsmodelle mit Forschungsinstituten.
- **Eine Vereinfachung des Zugangs von kleinen und mittleren Unternehmen zu EU-Förderprogrammen,** insbesondere im Bereich der Innovations- und Technologiepolitik.

#### 4. Die EU fit für die Zukunft machen!

Der Grundgedanke der Europäischen Union beruht auf Demokratie Freiheit, Sicherheit, Frieden und den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit. Diese Werte definieren die Staatengemeinschaft, sichern Wohlstand und vermitteln Glaubwürdigkeit nach außen. In einer multipolaren Welt muss Europa seinen Platz neu finden und behaupten. Dabei muss es sich auf seine Stärken besinnen, mit Bedacht voranschreiten, ohne dass ewige Strukturdebatten zu Stagnation führen oder gar gemeinsame Errungenschaften aufs Spiel gesetzt werden.

Es ist wichtig, dass sich die Mitgliedstaaten der EU auf eine gemeinsame Zielrichtung für das Europa der Zukunft einigen. Es darf nicht endlos am „EU-Konstrukt“ getüftelt werden, denn dabei besteht die Gefahr, die Herausforderungen, denen Unternehmerinnen und Unternehmer tagtäglich gegenüberstehen, aus den Augen zu verlieren.

Für Handwerksbetriebe ist ein stabiles politisches Umfeld auch im EU-Ausland von zentraler Bedeutung. Spaltungen innerhalb der EU müssen vermieden werden. Die EU darf sich nicht erpressen lassen, vielmehr müssen die zentralen Werte, insbesondere die Rechtsstaatlichkeit und die Aufrechterhaltung der Grundfreiheiten durchgesetzt werden.

Für die gemeinsamen Herausforderungen muss die EU Lösungen definieren, die zu den lokalen Gegebenheiten der Handwerksbetriebe passen. Es ist wichtig, dass die Zuständigkeiten der unterschiedlichen Ebenen Europa, Mitgliedstaaten und Regionen fein austariert sind. Entsprechend des Subsidiaritätsprinzips sollte die EU nur dann regulieren, wenn eine europäische Lösung einen tatsächlichen Mehrwert für eine klar definierte und relevante Zielgruppe bietet.

Starke, in den Regionen verankerte Kleinbetriebe und ein wettbewerbsfähiger Mittelstand sind die Trumpfkarte Deutschlands wie auch Europas. Für die EU ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer differenzierten und gleichzeitig zielgenauen Betrachtungsweise. Eine engagierte, klare Steuerungsstruktur für KMU-Anliegen in der EU-Kommission, die sowohl über politischen Einfluss als auch über die notwendigen Ressourcen verfügt, ist unverzichtbar.

Solide öffentliche Haushaltsführung und der Abbau von Verschuldung, die in den letzten Jahren notwendigerweise zugenommen hat, müssen weiterhin Priorität haben. Die Wertschöpfung von Handwerksunternehmen und der nachhaltige Wohlstand in der EU sind davon abhängig, dass Ausgaben auch durch reale Wirtschaftsleistung finanziert werden können.

Um das Vertrauen der Handwerksunternehmerinnen und -unternehmer in das europäische Projekt zu stärken und alle Beteiligten bei der Erreichung der Ziele mitzunehmen, müssen die EU-Institutionen sowie die Mitgliedstaaten und ihre Regionen ihrer Verantwortung gerecht werden und dürfen an ihrer Integrität keinen Zweifel aufkommen lassen. Unternehmergeist, fortschrittliches Wachstum und effiziente Geschäftsstrukturen können sich vor allem dann entfalten, wenn die regulatorischen Rahmenbedingungen entsprechend förderlich gestaltet sind. Mit einer zielgenauen Unterstützung des Handwerks können die Betriebe in allen Wirtschaftsbereichen einen wesentlichen Beitrag zur Zukunft Europas leisten.

---

**Ansprechpartner:** Tim Krögel  
Bereich: Europapolitik  
+32 2 230 85 39  
kroegel@zdh.de · www.zdh.de

**Herausgeber:**  
Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.  
Haus des Deutschen Handwerks  
Mohrenstraße 20/21 · 10117 Berlin  
Postfach 110472 · 10834 Berlin

Lobbyregister: R002265  
EU Transparency Register: 5189667783-94

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) vertritt die Interessen von rund 1 Million Handwerksbetrieben in Deutschland mit mehr als 5,6 Millionen Beschäftigten. Als Spitzenorganisation der Wirtschaft mit Sitz in Berlin bündelt der ZDH die Arbeit von Handwerkskammern, Fachverbänden des Handwerks auf Bundesebene sowie bedeutenden wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks in Deutschland. Mehr unter [www.zdh.de](http://www.zdh.de)